Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährl. 2 Mark.

Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 276. **Donnerstag den 24. November 1892.** **X. Jahrg.**

Eröffnung des Reichstages.

Die Thronrede, mit welcher der Kaiser gestern Mittag 12 Uhr den Reichstag im Rittersaale des königlichen Schlosses eröffnete, hat folgenden Wortlaut:

Geehrte Herren!

Beim Eintritt in Ihre Berathungen heiße Ich Sie zugleich im Namen Meiner hohen Verbündeten willkommen.

Der Rückblick auf den seit Ihrer letzten Tagung verflossenen Zeitraum gewährt ein nicht ungünstiges, wenn auch nicht in allen Beziehungen erfreuliches Bild. Auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens sind berechtigte Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen. Der Absatz der Erzeugnisse der vaterländischen Arbeit hat sich in seinem Umfange und in seinem Ertrage nicht durchweg auf der Stufe befunden, welche unserem wirthschaftlichen Interesse entspricht. Daneben hat die in einzelnen Theilen des Reiches aufgetretene, nun aber, Dank der kräftigen Abwehr, als getilgt zu betrachtende Seuche dem inneren Verkehr empfindliche Schranken auferlegt und dem Wohlstande unserer ersten Seehandelsstadt beklagenswerthe Wunden geschlagen, welche das aufrichtige Mitgefühl der Nation finden.

Im Hinblick jedoch auf die im allgemeinen gesegnete Ernte und auf die bisher von Erfolg begleiteten Bemühungen der verbündeten Regierungen, der deutschen Arbeit neue und erleichterte Absatzwege zu verschaffen, gebe Ich Mich der Erwartung hin, daß wir zu einem kräftigeren Aufschwunge der wirthschaftlichen Thätigkeit gelangen werden, sofern uns der Friede, dessen Pflege Mir und Meinen hohen Verbündeten am Herzen liegt, erhalten bleibt.

Bei den freundlichen Beziehungen, in welchen wir zu allen Mächten stehen, und in dem Bewußtsein, daß wir bei der Verfolgung des gemeinsamen Zieles auch ferner der dankenswerthen und wirksamen Unterstützung der mit uns verbündeten Staaten uns zu erfreuen haben werden, darf Ich die Hoffnung hegen, daß Deutschland in dem friedlichen Bestreben, seine idealen und wirthschaftlichen Interessen zu fördern, nicht werde gestört werden.

Gleichwohl macht es uns die Entwickelung der Wehrkraft anderer europäischer Staaten zur ernsten, ja gebieterischen Pflicht, auch unsererseits auf die Fortbildung der Vertheidigungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen. Jener Entwickelung gegenüber dürfen wir nur bei Durchführung des bewährten Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht erwarten, daß diejenigen Eigenschaften unseres Heeres, auf welchen seine Kraft und sein Ruhm beruht, Deutschland die bis dahin unter den Mächten eingenommene achtunggebietende Stellung auch für die Zukunft sichern werden.

Von dieser Ueberzeugung einmüthig durchdrungen, schlagen Ihnen die verbündeten Regierungen die Annahme eines Gesetzentwurfs vor, welcher, indem er die Friedenspräsenzstärke des Heeres anderweit regelt, die volle Ausnutzung unserer Wehrkraft ermöglicht. Sie verkennen dabei nicht die Größe des von der Nation zu bringenden Opfers. Allein sie vertrauen mit Mir, daß mehr und mehr die Nothwendigkeit dieses Opfers anerkannt werden und daß der patriotische Sinn des Volkes bereit sein wird, diejenigen Lasten zu übernehmen, welche für Ehre und Sicherheit des Vaterlandes getragen werden müssen.

In dem Bestreben, diese Lasten thunlichst zu erleichtern, wird die Dienstpflicht im Heere bis zu der militärisch als zuläßig erkannten Grenze thatsächlich eingeschränkt werden. Daneben wird durch die erweiterte Ausbildung und Verwendbarkeit der jüngeren Kräfte für den Heeresdienst nicht allein eine empfindliche Ungleichheit in der Erfüllung der Wehrpflicht, sondern auch der wirthschaftliche und militärische Nachtheil abgemindert, welchen die Heranziehung der älteren Jahrgänge mit sich bringt. Zugleich wird diesen Jahrgängen eine Schonung zutheil werden, deren sie sich bei den gegenwärtigen Einrichtungen nicht zu erfreuen haben.

Um den Haushalt der einzelnen Bundesstaaten mit der Aufbringung der für die Verstärkung der Armee erforderlichen Mittel nicht zu beschweren, besteht die Absicht, diese Mittel durch die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich zu beschaffen. Demzufolge unterliegen gegenwärtig der Beschlußnahme des Bundesraths Gesetzentwürfe, welche auf eine anderweite Besteuerung des Biers, des Branntweins und gewisser Börsengeschäfte abzielen.

Ungeachtet der nicht unerheblichen, im allgemeinen innerhalb der planmäßigen Grenzen sich haltenden oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Mehrausgaben, welche der Reichshaushaltsetat für das nächste Jahr in Aussicht nimmt, werden die Bundesstaaten in den ihnen gebührenden Ueberweisungen eine mehr als ausreichende Deckung für die allen gemeinsamen Matrikularbeiträge vom Reiche empfangen.

Mit Rücksicht auf die Ansprüche, welche die zur Fortbildung unserer Heereseinrichtungen bestimmte Vorlage und die damit in Verbindung stehenden Steuergesetzentwürfe an Ihre Arbeitskraft stellen, werden Ihnen, außer dem Etat, von den verbündeten Regierungen nur solche Vorlagen zur Beschlußfassung zugehen, deren Erledigung besonders dringlich erscheint.

Meine Herren! Indem Ich Sie einlade, in Ihre Geschäfte einzutreten, weiß Ich, daß es der besonderen Aufforderung, die Berathungen in vaterländischem Geiste zu pflegen, nicht bedarf. Der feste Wille der Nation, das Erbe der Väter zu wahren, den Frieden zu sichern und dem geliebten Vaterlande seine theuersten Güter zu erhalten, wird — das ist Meine Zuversicht - - zu einer Einigung über den von Mir und Meinen hohen Verbündeten Ihnen vorgeschlagenen Weg führen. Geschieht dies, so wird das Reich im Vertrauen auf Gott und auf die eigene Kraft der Zukunft ohne Sorge entgegengehen dürfen!

Politische Tagesschau.

Wie gemeldet wird, ist der General v. Werder zum Nachfolger des deutschen Botschafters in Petersburg, General v. Schweinitz, ausersehen. General von Werder war bekanntlich lange Jahre Militärbevollmächtigter am russischen Hofe und ist noch heute persona grata beim Zaren. Auf des letzteren Wunsch, der in seinem persönlichen Auftrage vom Grafen Schuwalow während der Anwesenheit des Großfürsten Wladimir an Se. Majestät übermittelt wurde, scheint die Ernennung erfolgt zu sein. Der Wechsel dürfte sich noch im Laufe des Dezembers vollziehen. — Unleugbar bestätigt dieser Vorgang, schreibt die „Kreuzzeitung", die auch von uns bisher fest gehaltene Ansicht, daß der Zar persönlich friedlich gesinnt ist. An der Frage, wie lange und wie weit er den kriegerischen Elementen seines eigenen Landes zu widerstehen im Stande ist, wird auch durch dies neue Symptom seiner Friedensliebe leider nichts geändert.

Die im Kultusministerium ausgearbeiteten Vorlagen zur Aufbesserung der Lage der Volksschullehrer und Regelung der Schulunterhaltungspflicht sind bis jetzt, wie der „Hamb. Korr." meldet, im Staatsministerium noch nicht zur Berathung gekommen. In wieweit hieraus geschlossen werden darf, daß die volle Zustimmung des Finanzministers noch nicht erzielt sei, mag dahingestellt bleiben. Nichts destoweniger gilt die Hoffnung in den maßgebenden Kreisen als eine berechtigte, es werde in der gegenwärtigen Session eine günstige Lösung dieser wichtigen Fragen gelingen.

Aus der Montagssitzung der französischen Deputirtenkammer wird noch berichtet: Während der lebhaft verlaufenden Diskussion über die Form, in welcher die Ernennung des Ausschusses erfolgen solle, erklärte der frühere Minister für öffentliche Arbeiten, Baihaut, die Behauptung für unbegründet, daß er den Bericht der nach Panama entsendeten Ingenieurs der Oeffentlichkeit übergeben habe. Der Direktor des Crédit Lyonnais, Germain, bestritt, der Panamagesellschaft Geld gegen übertrieben hohe Zinsen dargeliehen zu haben. Hierauf wurde mit 311 gegen 243 Stimmen beschloßen, heute in öffentlicher Sitzung durch Listenwahl die Mitglieder des Untersuchungs-Ausschusses zu ernennen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte Déroulède, um sich über die betrübenden Eindrücke der heutigen Sitzung zu erheben, an Dodds ein Glückwunschtelegramm zu senden. Der Marineminister Burdeau erklärte, er habe an Dodds bereits die Glückwünsche Frankreichs übermittelt. Die Kammer beschloß einstimmig, sich diesen Glückwünschen anzuschließen. Wegen eines heftigen Wortwechsels, welcher zwischen Déroulède und Hubbard stattgefunden hatte, sandten sie sich gegenseitig ihre Zeugen zu. Den letzteren gelang es jedoch, den Zwischenfall beizulegen.

In der Anklagesache gegen die Administratoren der Panamagesellschaft sind die Vorladungen zu Freitag ergangen. Die Beschuldigung geht dahin, daß die Angeklagten gemeinsam unter Anwendung betrügerischer Manöver, um die Aktionäre von der Existenz nicht vorhandener Unternehmungen und eines fingirten Kredites zu überzeugen, sich Gelder der Aktionäre haben übergeben und diese dadurch um Theile ihres Vermögens geprellt und außerdem Gelder der Gesellschaft vergeudet haben. Ferdinand Lesseps erklärte vor dem Appellhof nicht erscheinen zu wollen.

Der schwedische Reichstag begann am Montag die Berathung der Armeeorganisationsvorlage. In der zweiten Kammer gab der Kriegsminister eine historische Uebersicht über die verschiedenen Stadien in der Entwickelung der Armee und führte aus, er sehe 90 Tage für die Uebungen der Wehrpflichtigen als ausreichend an auf Grund seiner im deutsch-französischen Kriege im Jahre 1870 aus eigener Anschauung gemachten Erfahrungen. Der Kriegsminister schloß mit der Bitte, die Kammer möge die Regierungsvorlage annehmen und sich damit den Dank der gegenwärtigen und späterer Generationen sichern. (Lebhafter Beifall).

Schwalbenflug.

Eine wahre Geschichte. Von Mario Vakano.

(Nachdruck verboten).

(3. Fortsetzung.)

Mit ernster Miene — oder war es eine furchtsame? — fragte er die Dame: „Wie kommen Sie hierher, Mademoiselle? Was . . was . ."

„Was ich hier suche?" sagte sie. Sie war vollkommen wieder gefaßt, vielleicht durch das Seltsame des Empfanges oder der Situation. Es giebt Naturen, Wandernaturen, welche sich im Seltsamen, im Unerwarteten wohl und daheim finden und nur im Alltäglichen und Gewöhnlichen haltlos und verwirrt werden. „Ich trage schon längst — ach, mir scheint es so entsetzlich lange! — einen Brief mit mir herum, der an Ihre Adresse lautet. Es war in Paris, daß ihn mir ein Mann gab, der bald sterben sollte. Ich dachte wohl nie, daß ich den Brief werde besorgen können, da ich nie in diese Gegend hier zu kommen dachte. Der Zufall aber hat mich hergeführt, und ich benütze den Zufall, um Ihnen den Brief zu übergeben."

Sie zog das zerknitterte Schreiben aus ihrer Tasche, warf noch einen Blick auf die Adresse desselben und dann einen Blick auf den Junker, und dann einen Blick — wie seltsam! — auf das aufgeschlagene Buch, in welchem sie gelesen hatte, und reichte ihm den Brief.

Junker Hendrik warf einen Blick darauf. Dann führte er ihn ganz nahe an seine Augen und dann weit von denselben, und eine höhere Röthe färbte sein rosiges Antlitz. „Dieser Brief ist ja von meinem Bruder" — sagte er — „von Theodor . . von Mynheer Theodor van der Helft."

Mademoiselle Barbe senkte das Haupt. „Ja," sagte sie.

Das Gestörtsein, das fast Feindliche oder fast Furchtsame war noch immer nicht ganz aus dem Gesichte des Junkers gewichen, aber es zitterte gleichsam nur ein Schatten nach. Sein Ton, sein Wesen hatten sich zu einer höflichen Weise hinaufgestimmt. Er reichte der Dame die Fingerspitzen seiner Hand, verbeugte sich und sagte: „Seien Sie mir willkommen hier, Mademoiselle. Und verzeihen Sie den vielleicht seltsamen Empfang. Wir sind nicht gewohnt, viele Besuche zu sehen, und dann kommen so viele Touristen aus Neugierde, um die Interieurs unserer Wohnungen zu betrachten, als ob ein holländischer Spucknapf anders sei als ein französischer! . . Haben Sie die Güte, Platz zu nehmen."

Damit ging er auf die Thüre zu, öffnete sie und hätte dabei fast die alte Janet über den Haufen geworfen, die vor derselben — schlief. Er befahl der Alten, Butter, Käse und Milch zu bringen.

Janet machte eine Bewegung, als wolle sie sich abermals niedersetzen, so tief der Boden reichte, aber ein Blick ihres Herrn ließ sie sich anders besinnen. Mit starren Augen schiffte sie in ihren Babuschen von dannen, wie ein schwankes Boot auf hoher, sturmgepeitschter See.

Junker Hendrik kam zu der fremden Dame zurück, noch immer den Brief in der Hand, und setzte sich ihr gegenüber. Sie war nicht mehr so sicher wie früher — die häusliche, bürgerliche, gewöhnliche Atmosphäre hatte sich um sie gelagert, aber sie war nur um so prächtiger in ihrer dunklen, dunkel umrahmten Schönheit.

„Sie haben meinen Bruder gekannt, Mynheer Theodor," sagte er, wie er sich setzte. „Es hat mich oft gewundert, daß er gar nicht nach Hause gedacht vor seinem Ende."

„Der Brief ist auch wohl nicht wichtig!" sagte Mademoiselle Barbe. „Er mag sich nur darauf beziehen, daß ich vorkommenden falls hier gut aufgenommen werde. Sonst hätte ihn der arme Theod . . Monsieur van der Helft wohl direkt an Sie gesandt. Deshalb beeilte ich auch nicht die Expedition, da er sich doch nur auf mich beziehen konnte. Da ich nun aber einmal hier bin und da mir alle Leute von dem prächtigen „polirten" Dorfe Broek vorfabelten und zugleich sagten, daß man da nur schwer in ein Haus gelassen werde, wenn man nicht eine dringende Empfehlung habe und . . Babuschen anziehen wolle, und da sich eine Menge Honoratioren anboten, mir Broek zu zeigen, als ob sie mir damit weiß der Himmel was für eine Unmöglichkeit als Cadeau gäben, da erinnerte ich mich an den alten Brief und beschloß, auf eigene Faust an diesem so schönen Morgen eine Partie hierher zu machen, und — da bin ich. Das ist der ganze Witz."

Sie lächelte dabei. Aber es war etwas Versöhnendes in diesem Lächeln. In demselben Augenblicke kam Janet mit dem improvisirten Frühstück auf einer großen silbernen Platte. Die Gefäße, in welchen sich die Ingredenzien befanden, waren ebenfalls von purlauterem Silber, prächtig ziselirt. Der Stolz über die Geschirre erstickte im Herzen der Alten fast allen Groll über die Störung im friedreichen Leben, und wie sie wieder aus dem Zimmer verschwand, warf sie einen fast entzückten fragenden Blick auf die fremde Dame.

Der Junker präsentirte die Erfrischungen. Barbe nahm ein Glas Milch vor sich hin, aber nur, um damit zu spielen, wie eine satte Katze. „Sie erlauben wohl, daß ich . . . Mademoiselle?" fragte er. Fast eben so sehr fragend, ob er den Brief eröffnen dürfe, als mit wem er spreche.

„Oh, faites!" sagte Barbe. Und als Antwort auf das zweite Fragezeichen in seinem Tone fügte sie hinzu: „Mademoiselle Barbe Rossi, Monsieur. In bin Sängerin. Das erklärt Ihnen auch, wie ich kaum jemals erwartend, hier zu landen, dennoch durch das Schicksal, welches bei uns Künstlerinnen durch die Theateragenten repräsentirt wird, hierher verschlagen worden bin. Ich bin Mademoiselle Barbe von der Singhalle in Amsterdam drinnen." Sie schaute ihn bei diesen Worte bei Seite, mit halben Augen an, ob dieser junge Mynheer sie par renommé kenne oder sie wohl gar gesehen habe. Aber es schien nicht so, denn sein Blick wurde fast wieder feindlich, gestört, fast erschreckt, und er rückte mit seinem Stuhle etwas zurück. Es lag nichts Kleinliches oder Komisches in dieser Bewegung, in dieser Weise eher etwas Exklusives, etwas Hohes, was für das Herz der Artistin nicht verloren war. Sie pflegte fast froh zu lachen,

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 22. November 1892.

Das Haus setzt die erste Lesung der Steuer-Aufhebungsvorlage nebst der Berathung der Denkschrift fort. — Finanzminister Dr. Miquel führt dem Abg. Herrfurth gegenüber aus; daß der Charakter der neuen Besteuerung ein plutokratischer sei, treffe keineswegs zu. Von der Steuer würden kleine Besitzer, Handwerker und Arbeiter nicht betroffen, da von diesen niemand über 6000 Mk. Vermögen besitze. Besäßen sie etwa Werkzeuge oder Grundstücke in höherem Werthe, so seien die gewöhnlich so mit Schulden belastet, daß keine 6000 Mk. an steuerpflichtigem Vermögen übrig blieben. Die Steuerschwachen würden also entlastet, die Steuerkräftigen stärker herangezogen. Sei das nun Plutokratie? Was die Aufsicht über die Selbstverwaltung anlange, so hege er allerdings die Hoffnung, daß die Stadt Berlin, wenn sie 10 Millionen aus der Gebäudesteuer empfange, sich zu einer Aufhebung oder gerechteren Vertheilung der Miethssteuer entschließen werde. (Bravo!) Niemand, der die Dinge aus dem Leben und nicht blos aus dem Bureau kenne, werde diese Reform plutokratisch nennen können. — Abg. v. Eynern (natlib). bezeichnet die Reform als agrarisch. Der lex Huene weine er keine Thräne nach, denn schließlich würden wir doch zu einer Aufhebung der Kornzölle kommen. Die Vermögenssteuer sei vexatorisch, unerträglich sei nämlich die Deklarationspflicht. Dagegen würde sich die Erbschaftssteuer empfehlen. Härten ließen sich beseitigen. Auch die französische Erbschaftssteuer steige bis zu 8 Prozent. — Generalsteuerdirektor Burghart macht darauf aufmerksam, daß infolge der Reform die kommunalen Zuschläge fast überall unter 100 pCt. herabgehen würden. Die Regierung werde den Wünschen des Hauses möglichst entgegenkommen, aber an der Deklarationspflicht werde sie unbedingt festhalten. — Abg. Frhr. v. Huene (Centrum) erklärt, ohne Wahlgesetz sei die Steuerreform unannehmbar. Die Aufhebung der Realsteuern billige seine Partei. Es sei unrichtig, daß auf dem Lande nur reiche Leute wohnten. Wäre das wahr, dann wären wir schön heraus! Leider nehme die Verschuldung des Grundbesitzes von Tag zu Tage zu. Die lex Huene sei durch deren Handhabung verdorben worden. Die neue Vermögenssteuer habe einzelne Mängel, so namentlich in der Steuerscala, auch dürfe man nicht in Grundbesitz und in Werthpapieren angelegtes Vermögen gleichmäßig besteuern. Das jetzige Einschätzungsverfahren bei der Einkommensteuer habe in weiten Kreisen ein Mißtrauen hervorgerufen, das die Annahme der Vermögenssteuer erschwere. Noch weniger tauge freilich eine Erbschaftssteuer. Nützlich wäre die Aufnahme des Aufwandsparagraphen in das Einkommensteuergesetz, um Spekulanten und Bankiers zu fassen, die angeblich kein Einkommen haben. Seine Partei werde die Richtung der Reform nicht hindern. — Weiterberathung: Mittwoch 11 Uhr.

Deutscher Reichstag.

1. Sitzung vom 22. November 1892.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung. — Eingegangen sind der Reichshaushaltsetat, das Anleihegesetz, die Kolonialetats, die sogen. lex Heintze, die Gesetzentwürfe betr. die Anwendung der Vertragszollsätze auf nicht meistbegünstigte Staaten, betr. die Einführung der mitteleuropäischen Zeit, das Auswanderungsgesetz, die Verordnungen des Bundesraths betr. die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und kleinere Vorlagen. — Anwesend sind 222 Abgeordnete. Das Haus ist somit beschlußfähig. — Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. November 1892.

— Se. Maj. der Kaiser empfing gestern u. a. den von den Samoainseln zurückgekehrten Reisenden Dr. Markuse, welcher eine größere Sammlung von Handelsgegenständen, Waffen und Handarbeiten der dortigen Einwohner vorlegte. Heute Vormittag wohnte der Kaiser vor der Eröffnung des Reichstags dem Gottesdienst in der Dom-Interimskirche bei. Am Nachmittag um 3½ Uhr ist Seine Majestät nach Neugattersleben abgereist, um, einer Einladung des Herrn von Alvensleben entsprechend, an den dortigen Hofjagden theilzunehmen.

— Die Eröffnung des Reichstages gestern Mittag 12 Uhr im Rittersaale des königlichen Schlosses geschah mit allem eines derartigen Aktes würdigen Glanze. Die großen Repräsentationsgemächer vom Schweizersaale bis zum Kapitelsaale waren geöffnet. Die Abgeordneten nahmen ihren Eintritt von der großen Wendeltreppe aus. Auf der Thronestrade stand der vergoldete mit Purpursammt ausgeschlagene Thronsessel unter dem Purpurbaldachin. Die Leibpagen des Kaisers standen rechts und links des Thrones, weiter Posten der Schloßgardekompagnie in Paradeanzug. Kurz vor der festgesetzten Stunde erschienen aus dem Kapitelsaale der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Bundesraths in großer Uniform. Im Halbkreise um den Thron gruppirten sich die Abgeordneten. Der Bundesrath und die Minister stellten sich links vom Throne auf, um die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers zu erwarten. Kommandorufe aus dem Innern der Gemächer verkündeten die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers. Diese erfolgte unter dem großen Hofvortritt der Hofmarschälle Freiherr von Lyncker, Graf Pückler und des Ober-Hofmarschalls Grafen zu Eulenburg. Der Kaiser in Parade-Uniform der Gardes du Corps mit dem Orangebande des hohen Ordens vom Schwarzen Adler begrüßte beim Eintritt die Versammlung und stieg die Stufen zum Throne empor. Mit dem Kaiser kamen Ihre königl. Hoheiten Prinz Friedrich Leopold, Prinz Albrecht, Ihre Hoheiten die Erbgroßherzöge von Baden, Oldenburg, Ihre Hoheiten Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, die Erbprinzen von Hohenzollern, Waldeck, Prinz Karl von Hohenzollern. Der Kaiser wurde beim Betreten des Saales von Präsidenten von Levetzow durch ein dreifaches Hoch begrüßt, in welches die Versammelten begeistert einstimmten. Zu Seiten des Thrones nahmen die Prinzen Aufstellung. Aus den Händen des Reichskanzlers empfing der Kaiser die in einem weißen, mit dem Reichsadler verzierten Umschlage befindliche Thronrede, die er mit kräftig einsetzender Stimme verlas. Insbesondere betonte der Kaiser den Schlußsatz der Rede, welche sichtlich großen Eindruck machte. Nach Verlesung der Thronrede trat der Reichskanzler vor den Thron und erklärte den Reichstag für eröffnet. Der Kaiser verließ hierauf, unter erneutem, von dem königlich bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrath Grafen von Lerchenfeld-Koefering ausgebrachten Hoch, in Begleitung der Prinzen des königl. Hauses sowie der deutschen Fürstenhäuser, nach allen Seiten huldvoll grüßend, den Saal.

— Abermals hat das Richterkollegium des Kammergerichts einen Verlust zu beklagen. In der Nacht zum Montag verstarb nämlich nach längerem Leiden der Kammergerichtsrath Müllner, Mitglied des vierten Civilsenats, Ritter des Eisernen Kreuzes. Der Verstorbene hat nur ein Alter von 46 Jahren erreicht.

— Am Mittwoch wird der Reichskanzler, wie die „Kreuztg." mittheilt, die Militärvorlage und einen Gesetzentwurf, betr. anderweite Vertheilung der Rekruten, im Reichstage einbringen und mit einer längeren Rede begründen. Die Steuergesetze dürften in etwa 14 Tagen fertig gestellt und beim Reichstage eingebracht werden.

— Bei dem Reichstage ist eine mit ca. 1000 Unterschriften bedeckte Petition von Kombattanten des deutsch-französischen Krieges, Rietzschel, Reber u. Gen. aus Dresden, eingegangen, welche die vorjährige Petition einer Anzahl Unteroffiziere und Soldaten zur Erlangung eines Ehrensoldes für die Inhaber des Eisernen Kreuzes bekämpft. Gleichzeitig ist von den Petenten eine Eingabe an den Reichskanzler mit der Bitte um Vortrag bei Sr. Majestät dem Kaiser gerichtet worden.

— Gutem Vernehmen nach haben, nachdem die Vorverhandlungen ein günstiges Resultat ergeben haben, am verangenen Freitag die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rumänien ihren Anfang genommen. Heute fand die zweite Sitzung statt.

— Wie verlautet, ist zum Ausgleich der Erhöhung der Biersteuer auch eine Erhöhung des Eingangszolles auf fremde Biere in Aussicht genommen, und zwar um die Hälfte des bisherigen Satzes. Finanziell würde die Maßregel nicht sonderlich ins Gewicht fallen, da die Einnahme aus dem Bierzoll sich nur auf etwa eine Million jährlich beläuft.

— Den „Berl. Pol. Nachr." zufolge soll auch in der Reichsverwaltung mit der völligen Durchführung des Systems der Dienstaltersstufen für die Gehälter der etatsmäßigen Unterbeamten vorgegangen werden.

— Nach mehrtägiger Berathung der Frage, wie die Bankiers verhindert werden könnten, bei Ausführung von An- und Verkaufsordres einen sogenannten „Schnitt" zu machen, hat die Börsenenquete-Kommission, wie mitgetheilt wird, eine Subkommission mit der Fortsetzung dieser Arbeit beauftragt.

— Unser Fernsprechnetz erfährt eine bedeutsame Erweiterung: Berlin wird mit Posen und Bromberg und Bromberg mit Thorn verbunden. Der Bau soll sofort beginnen.

— Der dem Reichstage zugegangene Reichshaushaltsetat balancirt (wie bereits kurz erwähnt) in Einnahme und Ausgabe mit 1 273 950 575 Mark, davon sind 1 006 300 468 Mark fortdauernde, 82 250 267 Mark einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats und 185 399 836 Mark einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats. Die Ausgaben übersteigen die Gesammtausgabe des Vorjahres um 56 723 606 Mark. Der Mehrbedarf beträgt bei der Verwaltung des Reichsheeres an fortdauernden Ausgaben 887 741, an einmaligen 4 686 022 Mark, bei der Marineverwaltung die fortdauernden 3 597 410 Mark, die einmaligen 4 454 550 Mark. Die Einnahme aus der Zuckersteuer ist infolge des Wegfalles der Materialsteuer um 11 573 000 Mark niedriger. Die Verbrauchsabgabe vom Zucker jedoch um 9 874 000 Mark höher veranschlagt, ebenso die Einnahmen aus dem Bankwesen um 2 344 300 Mark höher. Die gewöhnlichen Einnahmen ergeben gegen das Vorjahr 6 742 823 Mark Minderertrag. Zur Deckung des Einnahmeausfalls und des Mehrbedarfs von 28 116 241 Mark sind die Matrikularbeiträge um 34 859 064 Mark höher eingestellt. — Der Militäretat enthält eine erste Baurate für eine Kaserne von 2 Eskadrons in Danzig, für den Neubau des Generalkommandos in Danzig, eine Artilleriekaserne in Dt. Eylau, ein Kommandanturgebäude in Graudenz. Der ostpreußischen Südbahn werden für den zweigeleisigen Ausbau der Strecke Korschen-Lyck 90 Prozent der Kosten aus Reichsmitteln gewährt.

— Die Isteinnahme an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern hat in der Zeit vom 1. April bis zum Ende Oktober d. J. 366,2 Millionen oder 3,3 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Die Zölle haben zwar noch immer ein Mehr von 5,7 Millionen aufzuweisen und die Zuckermaterialsteuer, von welcher noch Ausfuhrvergütungen abzuziehen sind, noch ein Mehr von 0,9 Millionen; bis auf die Brausteuer mit einem Plus von noch nicht 0,2 Millionen weisen dagegen sämmtliche übrigen Verbrauchssteuern ein Weniger auf. Bei der Branntweinverbrauchsabgabe beläuft sich dasselbe auf 7,7 Millionen, bei der Zuckerverbrauchsabgabe 1,4 Millionen, bei der Tabaksteuer 0,6 Millionen, bei der Salzsteuer 0,2 Millionen und bei der Branntweinmaterialsteuer auf rund 10 000 Mark.

Leipzig, 22. November. In der Prozeßsache v. Carstenn (Lichterfelde) gegen den Militärfiskus wegen Zubilligung einer sechsprozentigen Rente der vom Kläger für eine Materialien-Transportbahn gemachten Aufwendungen von rund 103 000 Mk. hat das Reichsgericht die seitens des Militärfiskus gegen die verurtheilende Entscheidung des Kammergerichts eingelegte Revision verworfen.

Hamburg, 22. November. Der Senat hat heute für den Rest des Jahres 1892 und für das Jahr 1893 den Bürgermeister Dr. Johann Georg Moenckeberg zum Ersten Bürgermeister und den Senator Dr. Johannes Georg Andreas Versmann zum Zweiten Bürgermeister gewählt.

Ausland.

Wien, 21. November. Die entlassenen Arbeiter der Steyerer Waffenfabrik, circa 70 Familien, wandern nach Brasilien aus. Die dortige Regierung gewährt denselben freie Seefahrt.

Wien, 22. November. Abgeordnetenhaus. Von der Regierung ist heute das Gesetz über die Festsetzung des Rekruten-Kontingents für das Jahr 1893 vorgelegt worden. Durch dasselbe wird auf Grund der Volkszählung von 1890 das Kontingent des Heeres und der Kriegsmarine mit 59 211 Mann, das der Landwehr mit 10 000 Mann festgesetzt. Für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ergiebt sich eine Verminderung des Kontingents um 1178 Mann.

Rom, 22. November. Die „Agencia Stefani" erklärte die Zeitungsmeldung von dem Ausbruch einer Revolte unter den Sträflingen auf der Insel Ponza für erfunden.

Paris, 22. November. Die republikanischen Deputirten verständigten sich in einer heute Vormittag stattgehabten Plenarversammlung über die Liste der Kandidaten für die Untersuchungs-Kommission in der Panamaangelegenheit. Die aufgestellte Liste umfaßt 23 Republikaner, einen Boulangisten und 9 Konservative.

Brüssel, 22. November. Der Deputirte Woeste, der Führer der Rechten, hat gestern einen anonymen Drohbrief erhalten, in welchem angekündigt wird, daß sein Wohnhaus mit Dynamit in die Luft gesprengt werden würde. Die polizeiliche Untersuchung ist eröffnet und eine besondere Ueberwachung des bedrohten Hauses angeordnet worden.

Gent, 22. November. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte sechs von den an den letzten sozialistischen Unruhen betheiligten Personen zu je 15 Tagen Gefängniß. Ein nicht erschienener Angeklagter wurde in contumaciam zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt.

London, 22. November. Der Ministerrath verwarf die Räumung Ugandas, beschloß die Einsetzung eines Kommissars daselbst und die Abtretung des Sivagelandes an die südafrikanische Republik.

Stockholm, 22. November. Der Reichstag hat den Vorschlag der Regierung, betreffend die Organisation der Infanterie, angenommen, und zwar die erste Kammer ohne Abstimmung, die zweite Kammer mit 142 gegen 82 Stimmen.

Warschau, 22. November. General Riesenkamp, welcher den Korpskommandanten Swistunow mißhandelte, ist zu fünfjähriger Zwangsarbeit mit Verlust seines Ranges, seiner Orden und sämmtlichen Rechte, sowie darauf folgenden Ueberfiedelung nach Sibirien verurtheilt worden.

Provinzialnachrichten.

Schwetz, 18. November. (Wohlstand eines seßhaften Arbeiters). Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Arbeitsleute, die auf den Gütern seßhaft sind und nicht alljährlich wandern, nicht nur ein schönes Auskommen haben, sondern auch zu einem gewissen Wohlstande gelangen. Dies ist u. a. auf den Gütern des Herrn v. Gordon-Laskowitz der Fall. In diesen Tagen verheirathete ein dortiger Scharwerker seine Tochter an einen Postunterbeamten und war in der Lage, neben einer schönen Aussteuer auch noch 2000 Mk. baares Geld und ein Dokument über 1000 Mk. als Heirathsgut mitzugeben. Der Arbeiter hat mehrere Kinder.

(:) **Strasburg**, 22. November. (Folgenden argen Streich), der schlimme Folgen nach sich zog, verübte ein Schüler der unteren Klassen des hiesigen Gymnasiums. Er schnitt den einen Strang der Streckschaukel halb durch, sodaß derselbe bei der ersten Benutzung durchreißen mußte. Als nun ein Primaner in der Turnstunde die Streckschaukel bestieg, riß dieselbe in der That und die Folge davon war, daß er herunterstürzte und sich ein Bein brach.

Bischofswerder, 21. November. (Petition). Der hiesige Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet, in welcher sie um Errichtung eines Amtsgerichts in Bischofswerder bitten.

Graudenz, 22. November. (Die unbekannte Frau), welche dieser Tage auf dem Bahnhofe infolge eines Schlaganfalls starb, ist die Gattin des Besitzers Thiel in Stewken bei Thorn. Der Gatte und der Schwiegersohn sind hier eingetroffen, um die Leiche abzuholen.

Terespol (bei Schwetz), 21. November. (Ueberfahren). Heute früh um 7¼ Uhr trat der Briefträger Dombrowski aus Drosdowo auf seinem Amtswege nach dem hiesigen Postamte behufs Abholung der von ihm auszutragenden Postsachen aus einer Schonung und ging über das Schienengeleise nahe am Bahnhofe Terespol. Mitten auf dem Schienenwege wurde Dombrowski von dem Schwetzer Zuge, welcher kurz vor der Abfahrt rangirte, erfaßt und auf der Stelle getödtet. Die Leiche des D. ist vollständig verstümmelt.

Konitz, 21. November. (Um die hiesige Bürgermeisterstelle) haben sich bisher 31 Herren beworben.

Konitz, 22. November. (Zur hiesigen Bürgermeisterwahl) sind bisher 31 Bewerbungen eingegangen. Unter den Bewerbern sind ihrem Stande nach 1 Bürgermeister a. D., 12 Bürgermeister, 3 Stadtsekretäre, 1 Amtsrichter a. D., 5 Referendare, 1 Amtsanwalt, 2 Polizei-Inspektoren bezw. Lieutenants, 1 Premierlieutenant, 2 Rechtsanwälte, 1 Hauptmann d. L., 1 Student der Philosophie, 1 Major a. D.

Marienwerder, 21. November. (Der polnische Kandidat für den Reichstagswahlkreis Stuhm-Marienwerder, Herr von Donimirski), sollte bekanntlich nach Mittheilung des Graudenzer „Geselligen" in der polnischen Wählerversammlung zu Stuhm erklärt haben, daß er, falls er zum Abgeordneten gewählt werde, der Regierung die Militärvorlage bewilligen werde. Die „Gaz. Tor." erklärt nun auf Grund authentischer Information, daß Herr von Donimirski die obige Erklärung nicht abgegeben habe.

Aus dem Kreise Stuhm, 21. November. (Die Wahlagitation) hat jetzt, eine Woche vor dem Wahltage, ihren Höhepunkt erreicht. Boten mit Wahlaufrufen und Wahlzetteln aller Parteien eilen von Dorf zu Dorf. Auch Verbreiter des vom sozialdemokratischen Wahlkomitee für Ost- und Westpreußen erlassenen Wahlaufrufes haben sich am vergangenen Sonntage gezeigt. Da diese Leute nicht überall Abnehmer für ihre Blätter finden, so legen sie diese häufig stillschweigend an einen Ort, an dem sie die Bewohner des Hauses finden müssen.

Dirschau, 21. November. (Bürgerverein). Am Sonnabend wurde hier in einer Versammlung die Begründung eines Bürgervereins zur Behandlung kommunaler Angelegenheiten beschlossen.

Danzig, 20. November. (Todesfall). Nach längerem Leiden verschied gestern in Langfuhr Herr Kommerzienrath John Sprot Stoddart im Alter von fast 82 Jahren. Der Verewigte hat 18 Jahre lang als Stadtverordneter der hiesigen Kommunalverwaltung und 30 Jahre lang dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft als Mitglied angehört.

Elbing, 21. November. (Die Typhuserkrankungen) haben solchen Umfang angenommen, daß ein Arzt in der letzten Woche 32 Patienten an dieser Krankheit zu behandeln hatte. Die Niederstraße wurde heute für den Verkehr bis auf weiteres geschlossen. Hier tritt der Typhus besonders bösartig auf. In der letzten Woche überstieg die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten bedeutend. Es ist nicht unmöglich, daß auch die Schulen geschlossen werden, weil 30 Prozent und mehr Schüler fehlen.

Mohrungen, 21. November. (Unglücksfall). Der Maurer F. Panke aus dem ½ Meile von hier entfernten Dorfe Himmelfort ging alter Gewohnheit gemäß im März d. J. mit drei andern Maurern nach Westfalen auf Arbeit und kehrte am Donnerstag voriger Woche in derselben Gesellschaft heim. Zwei Stationen vor Berlin, kurz vor Abgang des Zuges, betrat P. die Plattform und wurde von den Mitreisenden erst beim Verlassen des Zuges in Berlin vermißt. Am 19. d. Mts. kam von dort eine Depesche an die Frau des P., wonach ihr Mann vom Zuge gefallen ist und dabei eine Verletzung des Schädels sich zugezogen

---

wenn ein Kollege sie haßte und anfeindete. Sie schien wohlthuend berührt, in diesem jungen Mann keinen Bewunderer zu finden, sondern fast einen widerwilligen Gastfreund. Fest, fröhlich fast, fuhr sie fort: „So erklärt es sich Ihnen auch wohl, wie ich zu dem Briefe gekommen bin. Es war in Paris, da kam ich mit Ihrem Bruder, den ich wohl früher schon hier und da als athemlosen Lebemann getroffen hatte, in nähere Bekanntschaft. Er war bedeutend älter als Sie, Monsieur . .

„Er war um zehn Jahre älter als ich," sagte der Junker still. „Und er verließ das Haus und die Heimat schon als junger Mensch. Ich war damals noch ein kleiner Knabe und habe oft daran gedacht, daß ich ihn gerne sehen möchte. Aber er ist nie wieder heimgekommen. Er wollte nur die Welt sehen."

„Ja, und er ist daran gestorben," sagte Barbe mit einem seltsamen Ausdruck. „Die Welt ist schön, aber für manche Leute ungesund."

Er schaute sie fragend an. Er wußte nicht, ob sie scherze, aber sie erwiderte seinen Blick ganz ernsthaft. „Sie waren stets daheim," sagte sie mit einem Blick auf sein klares, ruhiges Auge, das seinen Weg noch nie durch Wildnisse gesucht hatte.

„Ja", sagte er. „Und es war gut. Mein Bruder zerrüttete nur unsere Vermögensverhältnisse, unser Vater ging daran zu Grunde. Ich aber ward von unserm Oheim Blees als Kind aufgenommen und ward der Erbe aller seiner Habe. Der arme Theodor! . ."

„Der arme Theodor! — " sagte sie rasch, scharf. „Ich weiß nicht, ob Sie ihn bedauern sollen, Mynheer. Er hat die ganze Welt gesehen, er hat die ganze Welt genossen in allem, was sie Schönes bietet, er hat gelebt, während . ."

(Fortsetzung folgt.)

hat. Heute traf eine zweite Depesche ein, worin der eingetretene Tod des Mannes gemeldet wurde. Die bedauernswerthe Frau bleibt mit zwei Kindern zurück.

Allenstein, 18. November. (Geschäftsmisere). In Allenstein, das man neuerdings auch Pleitenstein nennt, hat sich kürzlich der dreizehnte Rechtsanwalt niedergelassen. Er hofft hier ebenfalls sein gutes Auskommen zu finden. Die hier beschäftigten fünf Gerichtsvollzieher haben noch immer vollauf zu thun, hatte doch einer an einem Tage allein sieben Wechsel, die protestirt wurden, eine nach seiner Meinung durchaus nicht hohe Zahl. Es sind das alles Anzeichen eines ungesunden geschäftlichen Zustandes.

Ortelsburg, 22. November. (Die Ersatzwahl) zum Landtage für den verstorbenen Landrath v. Schwerin zu Sensburg findet am 15. Dezember in Sensburg statt. Zum Wahlkommissarius ist der Landraths-Amtsverweser Bärecke zu Ortelsburg ernannt.

Tilsit, 20. November. (Raub). Heute Nacht gegen 1 Uhr wurden die Milkereit'schen Eheleute durch einen Schuß erweckt, den ein außerhalb des Hauses stehender Mann durch das Fenster gefeuert hatte. Die Kugel war in das Gestell eines Bettes gedrungen, glücklicherweise ohne Jemand zu verletzen. Der Ehemann M. eilte sofort ins Freie und traf dort einen Fremden, der nunmehr auf ihn einen zweiten Schuß abgab; das Geschoß streifte die linke Schläfe des M., so daß dieser zu Boden stürzte. Inzwischen war ein zweiter Kerl in den Hausflur getreten und rief in das Zimmer, in dem sich Frau M. befand: „Kanaille, wenn sie nicht das Geld giebt, schießen wir Euch alle todt!" In ihrer Todesangst gab Frau M. dem im Hausflur stehenden Mann das vorräthige Geld im Betrage von 53 Mk., worauf der Fremde verschwand. M. hat sich wieder etwas erholt, und es soll Hoffnung vorhanden sein, ihn am Leben zu erhalten. Den Thätern glaubt man auf der Spur zu sein.

Memel, 18. November. (Ueberschuß in der Stadtkasse). Bei der Revision der Rechnung der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1891/92 hat sich ergeben, daß am Schlusse des Jahres 1891/92 in der Stadtkasse ein Ueberschuß von ungefähr 210 000 Mk. vorhanden war. Nach Annahme der Revisoren ist dieser Ueberschuß hauptsächlich durch zu hoch normirte Zuschläge zur Kommunalsteuer entstanden. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß nun: Der Magistrat wird nicht für berechtigt erachtet, ohne Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung einen im Stadthaushaltsetat nicht vorgesehenen Reservefonds anzulegen, und er wird daher aufgefordert, zu der Anlage und Dotirung dieses Reservefonds die nachträgliche Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung einzuholen. Der Beschluß darüber, ob eine Rückerstattung von Kommunalsteuer erfolgen soll, wurde noch ausgesetzt.

Bromberg, 20. November. (Ein seltenes Jubiläum) konnte dieser Tage ein Bewohner der Hempelstraße begehen: fünfundzwanzig Jahre lang hat er die Wohnung inne gehabt, die er jetzt noch bewohnt. Aus Anlaß dieses seltenen Jubiläums wurde dem betreffenden Miether seitens des Hausbesitzers die Miethe für das nächstfolgende Jahr vollständig erlassen.

Gnesen, 20. November. (Benzin-Explosion). In dem Laboratorium des Herrn Apothekers Grieben hierselbst explodirte vorgestern ein Ballon Benzin. Der Besitzer sowohl, wie sein Hausknecht, erlitten dabei recht bedenkliche Brandverletzungen und liegen schwer krank darnieder. Die Ursachen der Explosion konnten bisher nicht genau festgestellt werden, da die beiden Personen nicht vernehmungsfähig sind.

Lokalnachrichten.

Thorn, 23. November 1892.

— (Personalveränderungen im Heere). Schustehrus, Sek.-Lieut. von der Feld-Artillerie 1. Aufgebots des Landw.-Bezirks Thorn zum Prm.-Lt., Becker, Vizefeldwebel vom Landw.-Bezirk Stolp zum Sek.-Lt. der Reserve des Inf.-Regts. von Borcke (4. pomm.) Nr. 21, Griebel, Vizewachtmeister vom Landw.-Bezirk Potsdam zum Sek.-Lt. der Reserve des Ulanen-Regts. von Schmidt (1. pomm.) Nr. 4 befördert.

— (Provinzial-Ausschuß). Der Provinzialausschuß der Provinz Westpreußen tritt am Mittwoch, den 30. d., zu einer mehrtägigen Sitzung im Landeshause zu Danzig zusammen.

— (Die Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen) erwarb im Jahre 1892 bis jetzt im ganzen neun Güter, sechs in der Provinz Posen und drei in Westpreußen. In der Provinz Posen sind dies folgende: das Rittergut Goncz, Kreis Znin, 480 Hektar, das Rittergut Kikowo und Nozewo, Kreis Samter, zusammen 1330 Hektar, das Rittergut Laskowo, Kreis Znin, 936 Hektar, das Gut Mieleszyn, Kreis Gnesen, 554 Hektar und das Gut Ulanowo, Kreis Gnesen, 531 Hektar. In Westpreußen wurden angekauft: die Herrschaft Bukowitz, Kreis Schwetz, 2250 Hektar, das Rittergut Dembowalonka, Kreis Briesen, 2150 Hektar und das Gut Körberhof, Kreis Löbau, 343 Hektar. Die gesammte Erwerbung dieses Jahres betrug demnach 8574 Hektar. Der Geschäftskreis der Ansiedelungskommission hat durch die stetig wachsende Zahl der angekauften Güter und der Ansiedler einen sehr großen Umfang erreicht. In den zehn bis zwölf Abtheilungen der Kommission, welche die einzelnen Zweige der Verwaltung bearbeiten, sind einige siebzig Beamte beschäftigt. Mit verschiedenen Unternehmern, Lieferanten, Verkaufsvermittlern steht die Kommission in fortlaufender Geschäftsverbindung. Die Ansiedelungsthätigkeit selbst war in diesem Jahre bebedeutend.

— (Zur Choleragefahr). Nach den heute vorliegenden amtlichen Nachrichten sind am Sonntag Abend zwei neue Choleraerkrankungen in Kiewo vorgekommen, von denen eine innerhalb 10 Stunden tödtlich verlief. Hiernach würde die Gesammtzahl der Erkrankungen in Kiewo bis jetzt 5 betragen. Die gestrige „Culmer Ztg." verzeichnet dagegen 10 Erkrankungen, 2 Todesfälle und 2 Genesungen.

— (Der westpreußische Fischereiverein) hat im letzten Geschäftsjahr für die Vertilgung von Seehunden 538 Mk., von Ottern 134 Mk., Reihern und Kormoranen 40 Mk. und für Fischfrevel 20 Mk. gezahlt, sowie dem Fischer August Klinger in Kelpin für fünf erlegte Fischottern außer der üblichen Prämie auch ein Fischottereisen geschenkt. Als Beihilfe zur Herstellung einer Fischereikarte für die Provinz Westpreußen wurden in der Vorstandssitzung vom letzten Sonnabend 100 bis 150 Mk. bewilligt, außerdem theilte der Vorsitzende mit, daß seitens der Provinz vom Herrn Oberpräsidenten zu diesem Zwecke auch 1000 Mk. bewilligt sind. Herr Dr. Seligo, welcher seinen Wohnsitz nach Königsberg verlegt und die Geschäfte des dortigen ostpreußischen Fischereivereins übernommen hat, wird auch ferner für den westpreußischen Verein thätig sein. Zur Beschaffung einer Aalleiter bei Woythal wurden 40 Mk. bewilligt.

— (Geheizte Güterwagen). Die preußische Staatsbahn hat geheizte Güterwagen in Verkehr gesetzt. Auf denselben werden sehr empfindliche Stückgüter als: Sämereien, Blumen, Obst, Südfrüchte, Drogen, Chemikalien, Fleischwaaren, Hefe, Eier, flüssige Farben, Bier, Spirituosen, Wein, Mineralwasser, Milch, Brod, Back-, Teig- und Zuckerwaaren, Kartoffeln, Gemüse und andere Feldfrüchte befördert. Die Beförderung in denselben geschieht ohne Preisaufschlag, die Bahnwagen laufen bis Ende März. Verlangt kann die Beförderung auf den Frachtbriefen nicht werden.

— (Viehzählung in Westpreußen). Anläßlich der bevorstehenden Viehzählung dürften einige Daten über frühere Aufnahmen des Viehstandes interessiren. In den letzten 30 Jahren haben drei Zählungen stattgefunden und zwar am 3. Dezember 1861, am 10. Januar 1873 und am 10. Januar 1883. Bei diesen drei Zählungen wurden in der Provinz Westpreußen gezählt:

Stück:	1861:	1873:	1883:
Pferde	158 662	191 032	202 602
Rindvieh	350 209	430 406	454 834
Schafe	1 658 394	1 806 056	1 349 253
Schweine	180 538	241 073	369 803
Ziegen	19 061	41 310	57 523

Es ergiebt sich hieraus eine zunehmende Vermehrung der Stückzahl sämmtlicher Viehgattungen mit Ausnahme der Schafe.

Was den Werth des Viehstandes nach der Aufnahme vom 10. Januar 1883 betrifft, so ist derselbe amtlich geschätzt worden:

für Pferde	auf	74 397 000	Mk.
„ Rindvieh	„	83 911 000	„
„ Schafe	„	18 249 000	„
„ Schweine	„	16 040 000	„
„ Ziegen	„	820 000	„
	zusammen	193 423 000	Mk.

— (Lotteriegewinn). Bei der Weseler Lotterie ist der Hauptgewinn von 90 000 Mk auf Nr. 163 568 gefallen.

— (Inhibirt). Die Auszahlung der Gewinne der Mühlhausener Geldlotterie soll infolge des Protestes bei dem Ministerpräsidenten neuerdings inhibirt worden sein.

—a (Handelskammer). Sitzung vom 22. November. — Die Handelskammer war bei der hiesigen Polizeiverwaltung dahin vorstellig geworden, mehreren Geschäftsbranchen an den vier Sonntagen vor Weihnachten die Ausdehnung der Arbeitszeit bis 8 Uhr abends, die Zeit während des Hauptgottesdienstes ausgenommen, zu gestatten. Die Polizeiverwaltung theilt mit, daß sie auf Grund ergangener höherer Verfügungen an den genannten Tagen die Arbeitszeit nur bis 6 Uhr abends freigeben könne und zwar auf nur die Stunden von 7 bis 9, 11 bis 3, 4 bis 6 Uhr. Die Handelskammer giebt dem Wunsche Ausdruck, die Polizeiverwaltung zu ersuchen, in diesem Sinne möglichst bald zu verfügen und die erforderlichen Bekanntmachungen zu erlassen. — Beschlossen wird, bei dem Herrn Eisenbahnminister nochmals vorstellig zu werden wegen Ausführung einer Eisenbahn zwischen Leibitsch und Thorn, und den Herrn Ober-Präsidenten, Excellenz von Goßler zu ersuchen, diesem projektirten Bahnbau sein wohlwollendes Interesse zu schenken. — Ueber die Tagesordnung für die am 29. d. M. in Bromberg stattfindende 21. ordentliche Sitzung des Bezirks-Eisenbahnraths für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg berichtet Herr Rosenfeld. — Auf Antrag des Herrn Rawitzki beschließt die Handelskammer, bei der Warschau-Wiener Eisenbahn dahin vorstellig zu werden, daß der Frühzug aus Warschau nach Thorn so gestellt werde, daß er hier Anschluß an die mittags nach Berlin ꝛc. abgehenden Züge erhalte. In der Sitzung des Bezirks-Eisenbahnraths wird Herr Rosenfeld den Wunsch aussprechen wegen Einlegung eines Nachtzuges zwischen Thorn und Warschau und wegen Durchführung des Frühzuges der Weichselstädtebahn bis Marienwerder; letztere Angelegenheit hatte der Herr Vorsitzende zur Sprache gebracht. — Herr Rosenfeld berichtet über Tarifangelegenheiten und über eingegangene Verfügungen der königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg, Herr Schirmer über die Anträge der Handelskammer zu Mainz und des Kreises Mannheim, betreffend den Entwurf eines Checkgesetzes. — Herr Schirmer berichtet ferner über die Denkschriften des Geschäftsführers des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit. Die Handelskammer schließt sich den in den Schriften niedergelegten Grundsätzen voll an und wird die Bestrebungen des Vereins nach Kräften zu fördern suchen, was Herrn von Schenckendorff mitgetheilt werden soll. — Es folgt geheime Sitzung.

— (Fernsprechverbindungen). Es steht nunmehr fest, daß unsere Stadt mit Berlin, Posen, Gnesen, Danzig, Elbing, Königsberg und Bromberg durch Fernsprechleitung verbunden werden wird. Der Bromberger Handelskammer ist amtlicherseits nämlich die Nachricht zugegangen, daß der Staatssekretär des Reichspostamts v. Stephan die Herstellung einer Fernsprech-Verbindungsanlage zwischen Berlin-Posen-Gnesen, Bromberg-Danzig-Elbing-Königsberg, sowie einer solchen zwischen Bromberg und Thorn zum Anschluß an die obigen Fernsprechstrecken nunmehr genehmigt hat. — Die Gewährleistung einer bestimmten Jahreseinnahme aus dem Betriebe der neuen Verbindungsanlagen seitens der Handelskammern wird nicht beansprucht. Mit den Herstellungsarbeiten für die genannten Anlagen soll sofort begonnen werden.

— (Das Wintervergnügen) der Unteroffiziere des 2. Bataillons Infanterieregiments von der Marwitz findet am Sonnabend den 3. Dezember im Wiener Café in Mocker statt.

— (Feuer). Heute Nacht gegen 11 Uhr gerieth auf dem Rittergut Rubinkowo ein großer Strohstaken in Brand. Das Feuer dauerte bis 3 Uhr morgens, es liegt muthwillige resp. böswillige Brandstiftung vor. Bei den heutigen Strohpreisen erleidet der Besitzer einen bedeutenden Verlust.

— (Polizeibericht). In polizeilichen Gewahrsam wurden 8 Personen genommen.

— (Gefunden) wurde ein Gewerbeschein, auf den Namen Emil Jahn lautend, im Hauptpostamtgebäude, ein Portemonnaie mit geringem Inhalt und fünf Lohnmarken auf dem altstädt. Markt, ein Puppenwagen ebendaselbst, ein anscheinend goldener Ring und eine Haarbürste in der Breitenstraße, sowie ein Sparkassenbuch. Näheres im Polizeisekretariat.

— (Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand betrug mittags am Windepegel der königl. Wasserbauverwaltung 0,26 Meter unter Null. — Bei günstigem Nord-Westwinde langten gestern eine Anzahl Kähne auf der Bergfahrt hier an und setzten nach zollamtlicher Abfrrtigung ihre Fahrt nach Polen fort. Einige Schiffer haben mit ihren Kähnen bereits den Sicherheitshafen für den Winterstand bezogen.

Die Cholera.

Seit Sonnabend sind in Brüssel 6 Cholerakranke in das Hospital eingeliefert worden, sämmtlich im Zentrum der Stadt wohnhaft; zwei Frauen sind gestorben. In Brügge sind in den letzten 48 Stunden 15 Choleraerkrankungen und 13 Todesfälle vorgekommen. Bei allen Bewohnern des ärmeren Stadtviertels wird der Wiederausbruch der Epidemie dem Genuß von in Fäulniß übergegangener Fische zugeschrieben. -- Der Stand der Cholera in Russisch-Polen ist nach einer Mittheilung des Bureaus des Staatskommissars für das Weichselgebiet folgender:

Ort. (Gouvernement).	Tag.	Erkrankungen.	Todesfälle.
Stadt Warschau . .	17./11.—19./11.	5	—
Gouvernement Kielce .	13./11.—15./11.	3	1
„ Radom .	13./11.—15./11.	24	8
„ Lublin .	15./11.—17./11.	14	12
„ Siedlec	15./11.—17./11.	42	30
„ Lomza . (Nasielsk)	14./11.—16./11.	16	4

Mannigfaltiges.

(Die wenigsten Damen ahnen), daß sie 70 bis 80 Kilometer Haar auf ihren Köpfen tragen; bei Blondinen kann es sogar vorkommen, daß sie 110 Kilometer „Goldfäden" jeden Morgen auszukämmen haben. Ein deutscher Forscher hat gefunden, daß ein einzelnes Haar im Stande ist, ein Gewicht von 113 Gramm zu tragen; es muß aber ein dunkelbraunes sein, da ein blondes Haar bei einem Gewicht von nur 70 Gramm zerreißt.

Telegramme.

Berlin, 23. November. Zur Meldung der „Post", wonach „verschiedene Anzeichen" bekanntlich darauf schließen lassen sollten, daß die Regierung zu Konzessionen bezüglich der Präsenzziffer und des Kostenpunktes der Militärvorlage bereit sei, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.", es wäre interessant zu wissen, was die „Post" als solche Anzeichen ansehe. Es entspreche nicht den bisher geübten Gepflogenheiten, daß die Regierung, noch ehe die Vorlage überhaupt eingebracht sei, sich bereit zeige, die Vorlage nach irgend einer Richtung abzuändern.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	23. Nov.	22. Nov.
Tendenz der Fondsbörse: fest.		
Russische Banknoten p. Kassa	200—20	201—
Wechsel auf Warschau kurz	200—	200—90
Deutsche Reichsanleihe $3^1/_2$ %	99—90	99—90
Preußische 4 % Konsols	106—90	106—80
Polnische Pfandbriefe 5 %	—	63—70
Polnische Liquidationspfandbriefe	—	61—20
Westpreußische Pfandbriefe $3^1/_2$ %	96—80	96—90
Diskonto Kommandit Antheile	184—80	183—30
Oesterreichische Kreditaktien	168—75	168—30
Oesterreichische Banknoten	170—05	169—90
Weizen gelber: Novbr.-Dezbr.	153—25	153—25
April-Mai	155—50	155—50
loko in Newyork	77—	77—
Roggen: loko	134—	135—
Novbr.	135—	135—
Novbr.-Dezbr.	135—	135—
April-Mai	135—50	136—70
Rüböl: Novbr.	51—50	51—60
April-Mai	51—60	51—60
Spiritus:		
50er loko	51—	51—
70er loko	31—50	31—50
70er Novbr.	30—80	30—80
70er April-Mai	32—40	32—40

Diskont 4 pCt., Lombardzinsfuß $4^1/_2$ pCt. resp. 5 pCt.

Königsberg, 22. November. **Spiritusbericht.** Pro 10 000 Liter pCt. ohne Faß ruhig. Zufuhr 15 000 Lt. Loko kontingentirt 49,75 Mk. Gd., nicht kontingentirt 30,75 Mk. Gd.

Bekanntmachung.

Nachstehende

Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Viehzählung am 1. Dezember 1892.

Am 1. Dezember d. Js. wird die dritte Viehzählung im Deutschen Reiche stattfinden. Dieselbe ist ebenso wie die von Zeit zu Zeit wiederkehrende Aufnahme der Bodenbenutzung und die sich alljährlich wiederholenden Erhebungen der Ernteerträge dazu bestimmt, über die landwirthschaftlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes und die in ihnen eingetretenen Aenderungen Aufschluß zu geben. Eines solchen ist man namentlich in Betreff des Viehstandes aus mancherlei Gründen benöthigt.

Der Viehstand bildet einen hervorragenden Bestandtheil des gegenwärtigen und ist eine Quelle des künftigen Volksreichthumes. Ohne einen genügenden Bestand an Spannvieh kann die Landwirthschaft nicht gedeihen, würde auch mancher Gewerbebetrieb kranken. Eine noch wichtigere Rolle spielen die meisten Viehgattungen bei der Ernährung des Menschen, dessen Wohlbefinden und ganze Lebenshaltung wesentlich von einer leichten und ausgiebigen Versorgung mit Fleisch, Fett, Schmalz, Milch, Butter und Käse abhängen, während Wolle, Leder u. s. w. unentbehrliche Stoffe für die Herstellung seiner Bekleidung sind. Ohne eine zureichende Aufzucht kriegsbrauchbarer Pferde vermag auch die Landesvertheidigung ihre Aufgabe nicht erfolgreich zu erfüllen.

Gleich den bisherigen Aufnahmen des Viehstandes soll auch die bevorstehende unter Mitwirkung der Bewohner unseres Staates ausgeführt werden. Wer das Ehrenamt eines Zählers übernimmt, in dessen Ausübung ihm die Eigenschaft eines öffentlichen Beamten beiwohnt, erwirbt sich durch diese freiwillige Mühewaltung Verdienste um die Gesammtheit. Möchten sich recht viele gemeinnützige und befähigte Männer für dieses Amt melden; mögen sie als Anerkennung für das von ihnen an Zeit und Arbeit gebrachte Opfer überall freundliches Entgegenkommen finden! Aber auch die Viehbesitzer können sehr viel zum Gelingen der Zählung beitragen, indem sie bemüht sind, die ihnen bis zum Abend des 30. Novembers d. J. behändigten Zählkarten mit zuverlässigen, deutlich geschriebenen Zahlen auszufüllen. Sollte Jemand bis zum Morgen des 1. Dezember d. J. ohne Zählkarte geblieben sein, so steht zu befürchten, daß sein Haus übersehen worden, und er verlange daher sogleich eine solche Karte vom Zähler oder vom Gemeindevorstande. Desgleichen würde er seine Zählkarte, wenn sie bis zum Abende des 3. Dezembers noch nicht abgeholt sein sollte, am 4. dem Zähler zu überbringen haben. Wegen etwa aufsteigender Zweifel bei Ausfüllung der Karte wende er sich an den Zähler und dieser, wofern auch er keine sichere Auskunft zu ertheilen weiß, an die Zählungskommission des Ortes.

Das Aufnahmeverfahren, welches sich an dasjenige bei der letzten Viehzählung vom 10. Januar 1883 anschließt, verlangt die Zählung nicht nach Haushaltungen oder Häusern, sondern nach Gehöften. Wir lenken auf diesen Punkt ganz besonders die Aufmerksamkeit der Behörden und der Zähler. Das auch bei dieser Ermittelung des Viehstandes als Zähleinheit geltende Gehöft (Anwesen) kann aus einem einzigen Hause bestehen, häufig jedoch Nebengebäude und sonstige Räumlichkeiten mitumfassen. Nicht so einfach gestaltet sich die Sache bei den Gutsbezirken und manchen Landgemeinden. Dort ist einerseits der Gutshof nebst sämmtlichen zugehörigen Baulichkeiten, anderseits jedes Vorwerk und jedes außerhalb des Hofes sowie der Vorwerke gelegene Insthaus (Knechts- oder Tagelöhnerhaus) u. dergl. als ein besonderes Gehöft zu betrachten. Für jede Gebäudegruppe bezw. für jedes derartige Gebäude ist, gleichwie für jedes in einer Stadt oder einem Dorfe befindliche Haus mit oder ohne Nebengebäude, eine Zählkarte auszufüllen. In diese Karte soll der gesammte auf dem Gehöfte (im Hause) vorhandene Viehstand und die Zahl aller in ihm wohnenden viehbesitzenden Haushaltungen (Hauswirthschaften) gemeinsam verzeichnet werden. Auch Häuser ohne Vieh erhalten eine Karte, auf welcher die Fehlanzeige durch Querstriche in der Spalte für die Anzahl Stücke der einzelnen Viehgattungen erstattet wird. Kein Vieh besitzende Haushaltungen werden überhaupt nicht verzeichnet. Dahingegen ist darauf zu achten, daß innerhalb der Städte zerstreut in den Häusern vorhandene vereinzelte Stücke Vieh sowie Pferde in Bergwerken nicht übergangen werden.

Die bevorstehende Aufnahme des Viehstandes nimmt die Ortsanwesenheit zur Grundlage. Alles in einem Gehöfte (Hause oder Anwesen) in Fütterung stehende Vieh wird dort eingetragen, wo es sich zur Zählungszeit befindet, ohne Rücksicht darauf, wer Eigenthümer der Viehstücke ist oder zu welcher Haushaltung sie gehören. In Uebereinstimmung hiermit sind Schafherden stets in der Gemeinde- oder der Gutsflur zu zählen, wo sie sich, wenn auch nur vorübergehend, auf Weide oder in Fütterung befinden. Desgleichen haben Schlächter (Metzger) und Händler die bei ihnen stehenden, zum Schlachten oder Verkaufe bestimmten Thiere, sofern sie nicht etwa erst am 1. Dezember d. J. gekauft sind, aufzuführen. Am Tage der Zählung nur vorübergehend auf Reisen, Fuhren u. s. w. abwesendes Vieh ist bei dem Gehöfte (Hause), zu welchem es gehört, zu verzeichnen, da aber, wo es vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirthshäusern, Ausspannungen, unberücksichtigt zu lassen.

Endlich müssen wir einem noch immer nicht ganz geschwundenen Irrthume entgegentreten, der dahin geht, daß die Viehzählung irgend welchen Maßnahmen der Besteuerung zu dienen bestimmt sei. Dies ist keineswegs der Fall. Die durch die Viehzählung erlangten Einzelangaben auf den Zählkarten werden weder seitens der Steuerverwaltung noch sonst zu fiskalischen Zwecken verwerthet, sondern lediglich zu Uebersichten zusammengestellt und veröffentlicht, aus welchen zwar der Viehstand der Gemeinde- und Gutsbezirke, nicht aber derjenige des einzelnen Gehöftes, erkennbar ist. Das Ergebniß der Viehzählungen ist, wie eingangs schon angedeutet, an erster Stelle dazu bestimmt, die wirthschaftlich nothwendige Frage zu beantworten, ob das vorhandene Vieh den verschiedenartigen Bedürfnissen des Volkes genüge. Es soll u. a. Fingerzeige dafür bieten, in welchen Landestheilen dem Viehstande aufzuhelfen sein wird, wie die von auswärts an die Reichsgrenzen heranrückende Seuchengefahr abzuwehren oder ein derartiger im Innern auftretender verderbenbringender Feind erfolgreich zu bekämpfen, welche Viehgattung oder -Art für die verschiedenen Landestheile und Gebiete zu empfehlen ist u. a. m.

Der weit über die Interessen der Landwirthschaft hinausreichende Nutzen der Viehzählung beschränkt sich nicht auf Reich und Staat, erstreckt sich vielmehr bis auf die Gemeinde und deren einzelne Glieder. Jede Zählungskommission oder sonst betheiligte Behörde ist durch sorgfältig und rechtzeitig zu treffende Anordnungen, jeder Zähler durch genaue Beachtung der erlassenen Vorschriften, jeder Besitzer durch vollständige und richtige Eintragung des auf seinem Gehöfte oder in seinem Hause gehaltenen Viehes in die Zählkarte dazu berufen, zum Gelingen des gemeinnützigen Werkes beizutragen. Mögen sie Alle erfolgreich zusammenwirken, damit wir am 1. Dezember 1892 ein wahrheitsgetreues Bild vom Viehstande unseres Vaterlandes gewinnen!

Berlin den 15. November 1892.

Königliches statistisches Bureau.
Blenck.

wird hiermit auf Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten zu Marienwerder mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß es Anmeldungen zur Uebernahme von Zählämtern nicht bedarf, da dieselben von den Herren Bezirksvorstehern und deren Stellvertretern übernommen werden.

Thorn den 21. November 1892.

Der Magistrat.

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.